

## **ZUR SOFORTIGEN VERÖFFENTLICHUNGZUG verurteilt Berufung und Falschdarstellung der Stadt Luxemburg: „Ein Verrat an Transparenz und öffentlichem Vertrauen“**

Luxemburg, 18. November 2024 – Das Zentrum für Urban Gerechtigkeit (ZUG) verurteilt die Entscheidung der Stadt Luxemburg aufs Schärfste, Berufung gegen das jüngste Gerichtsurteil einzulegen, das den Zugang der Öffentlichkeit zu kritischen Informationen bestätigt. Diese Entscheidung ist nicht nur eine Absage an die Transparenz, sondern ein regelrechter Verrat am Vertrauen der Öffentlichkeit.

Die Führung der Stadt Luxemburg hat sowohl durch Taten als auch durch Worte ein beunruhigendes Engagement dafür gezeigt, sich vor einer genauen Prüfung zu schützen. Das Gericht hat sich klar für die Forderungen des ZUG nach Transparenz ausgesprochen, doch die Stadt verschwendet weiterhin Steuergelder, um Freiheiten anzufechten, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht verhandelbar sein sollten.

### **Falsche Darstellung der Fakten**

Das ZUG ist entsetzt über die jüngsten öffentlichen Äußerungen von Bürgermeisterin Lydie Polfer, in denen sie behauptet, das ZUG habe sich geweigert, zu kooperieren. Diese Behauptungen sind nachweislich falsch. Die Akten des Gerichtsverfahrens, einschließlich der Aussagen des eigenen Rechtsteams der Stadt Luxemburg, bestätigen, dass sich das ZUG mit Bürgermeisterin Polfer und Stadtrat Patrick Goldschmidt getroffen hat. Bei diesem Treffen bot die Stadt sicherlich nicht den Zugang zu „allen“ Informationen an, sondern räumte ein, nur teilweise Zugang zu gewähren – insbesondere zu Karten von 37 nicht konformen Übergängen.

Dieses Angebot beinhaltete nicht die Analyse der Stadt zu allen Fußgängerüberwegen, eine der wichtigsten Informationen, die das ZUG immer wieder angefordert hat. Dieses Angebot war nicht nur unzureichend, sondern entsprach auch in keiner Weise den vom Gericht bestätigten Transparenzverpflichtungen. ZUG forderte eine umfassende Dokumentation und keine bruchstückhaften oder ergänzenden Offenlegungen, um die Sicherheit und Rechenschaftspflicht der Fußgänger zu gewährleisten. Mit ihrer gegenteiligen Behauptung verzerrt Frau Polfer die Wahrheit auf eine Weise, die für eine Amtsperson inakzeptabel ist.

ZUG weigert sich, sich auf Hinterzimmerabsprachen einzulassen oder Teilmaßnahmen zu akzeptieren, die nicht einmal unsere Hauptanfragen betreffen, anstelle der gesetzlich garantierten Transparenz.

### **„Hier geht es nicht um die Sicherheit von Fußgängern“**

Während der heutigen Stadtratsversammlung erklärte Bürgermeisterin Lydie Polfer offen, dass es bei diesem Einspruch nicht um die Sicherheit von Fußgängern gehe, sondern darum, die Befugnisse des Gesetzes über die Informationsfreiheit einzuschränken. Diese Aussage, die zu Protokoll gegeben wurde, unterstreicht deutlich die Prioritäten der Stadt: die Wahrung ihrer Kontrolle auf Kosten der öffentlichen Transparenz, wodurch die Verwaltungen undurchsichtig bleiben.

ZUG ist enttäuscht darüber, dass Frau Polfer unser Engagement für die Sicherheit von Fußgängern ablehnt. Von Anfang an lag unser Fokus darauf, sicherere Übergänge und eine

größere Rechenschaftspflicht zu gewährleisten. Wir hatten nie die Absicht, dass dies eskaliert, aber der Widerstand der Stadt gegen Transparenz hat uns in diese Lage gebracht.

**„Bei diesem Einspruch geht es nicht um Gerechtigkeit oder Sicherheit – es geht um Kontrolle und die Abwälzung von Verantwortung“,** sagte Thorben Grosser, Mitbegründer von ZUG. **„Das Vorgehen der Stadt, gepaart mit diesen Falschdarstellungen, kommt einem Angriff auf die Bürgerrechte und die Grundsätze einer offenen Regierungsführung gleich.“**

ZUG wird nicht nachgeben. Jede Aussage von Frau Polfer in der Ratssitzung wurde vom Gericht angesprochen und zurückgewiesen. Wir werden weiterhin für Transparenz, Bürgerrechte und das Recht der Öffentlichkeit kämpfen, ihre Führung zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn die Stadt „nichts zu verbergen“ hat, wie Stadtrat Patrick Goldschmidt behauptet, warum gibt sie dann nicht die Informationen frei?